

Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft  
Frau Julia Klöckner, MdB  
11055 Berlin

Berlin, 07. Juni 2021

Via email an: [julia.kloeckner@bmel.bund.de](mailto:julia.kloeckner@bmel.bund.de)

Cc.: [Bernd.Soentgerath@bmel.bund.de](mailto:Bernd.Soentgerath@bmel.bund.de); [Alois.Bauer@bmel.bund.de](mailto:Alois.Bauer@bmel.bund.de); [hermann.pott@bmel.bund.de](mailto:hermann.pott@bmel.bund.de)

**Betreff: Transparenz bei den Verhandlungen über Fischerei-Fangquoten zwischen der EU und Drittländern, insbesondere dem Vereinigten Königreich und Norwegen, und Teilnahme von Interessengruppen an der Arbeit des Sonderausschusses Fischerei**

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

Der Abschluss des Handels- und Kooperationsabkommens (HKA) zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich stellt einen Meilenstein für die kontinuierliche Zusammenarbeit hinsichtlich des gemeinsamen Fischerei-Managements über den Brexit hinaus dar. Die fehlende Transparenz in den kürzlich abgeschlossenen Verhandlungen über Fangquoten für 2021 machen den dringenden Handlungsbedarf Deutschlands deutlich, um seiner Rechenschaftspflicht nachzukommen.

Wir begrüßen das explizite Bekenntnis von EU Kommissar Virginijus Sinkevičius und dem Leiter der britischen Delegation Mike Rowe, alle Interessenvertreter\*innen in die Verhandlungen einzubeziehen und über diese zu informieren. Insbesondere möchten wir die deutlichen Worte des Kommissars in dem beigefügten Brief hervorheben, dass die Gleichbehandlung aller Interessenvertreter\*innen für ihn eine Priorität ist.

Allerdings ist die derzeitige Situation trotz einiger Verbesserungen weiterhin unbefriedigend: Umweltorganisationen haben nach wie vor weniger Zugang zu den Verhandlungen und Delegationen als Industrie-Mitglieder. Mittlerweile haben zwar einige Mitgliedstaaten, wie die Niederlande, Irland und Frankreich, NGOs in ihre Delegationen aufgenommen, sodass diese an den Plenarsitzungen der bilateralen Verhandlungen Seite an Seite mit Industriegruppen teilnehmen können. Allerdings hinkt die Mehrzahl der Mitgliedstaaten, inklusive Deutschland, in Sachen Transparenz nach wie vor hinterher: NGO-Anfragen wurden wiederholt abgelehnt, verzögert oder an die Kommission zurückverwiesen.

Die letzten Wochen haben gezeigt, dass einerseits die Kommission selbst einer Beteiligung der NGOs positiv gegenüber steht, und dass andererseits einzelne Mitgliedstaaten durchaus bereit sind ihre Delegationen für NGOs zu öffnen. Wir appellieren daher hiermit direkt an Sie, dem Beispiel der vier Vorreiter-Delegationen (Niederlande, Irland, Frankreich und Vereinigtes Königreich) zu folgen, und die Türen der deutschen Delegation auch für NGOs zu öffnen. Dies betrifft künftige Verhandlungen sowohl zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, als auch mit anderen Drittländern wie Norwegen.

Darüber hinaus sind wir besorgt über die fehlende Klarheit darüber, wie der Sonderausschuss Fischerei operieren wird, und wie Interessenvertreter\*innen in dessen Arbeit einbezogen werden sollen. Wir zählen bei der Umsetzung der folgenden Empfehlungen auf Ihre Unterstützung, sowohl bei den derzeitigen und künftigen bilateralen Fangquoten-Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, als auch bei den trilateralen Verhandlungen mit Norwegen, sowie bei der Arbeit des Sonderausschusses Fischerei unter dem HKA:

- **Gleichberechtigte Einbeziehung der NGOs.** Insbesondere fordern wir die Einrichtung eines formalen Beobachterstatus, wie er bereits in anderen internationalen oder regionalen Foren wie ICCAT, NEAFC oder OSPAR benutzt wird. Dies wird NGOs, Industrie und anderen Interessengruppen auf allen Seiten erlauben gleichermaßen teilzunehmen. Neben diesem übergreifenden Ansatz sollten alle Mitgliedstaaten, inklusive Deutschland, ihre Delegationen für NGOs öffnen.
- **Fortsetzung und Ausbau des Informationsaustausches** zwischen Repräsentant\*innen der deutschen Delegation und NGOs, und die Gewährleistung einer angemessenen Konsultation von Interessengruppen hinsichtlich der Fangquoten-Verhandlungen. Interessengruppen sollten ebenso rechtzeitig und transparent zu Empfehlungen und Entscheidungen des Sonderausschuss Fischerei konsultiert werden, damit ihre Beiträge sinnvoll einbezogen werden können.
- **Umfangreiche, detaillierte Dokumentation aller Fischerei-Verhandlungen,** inklusive einer proaktiven, zeitnahen Veröffentlichung dieser Dokumentation sowie der Ergebnisse. Dies wird allen Interessengruppen gleichermaßen erlauben dem Prozess und seinen Ergebnissen zu folgen und beides kritisch zu hinterfragen.

Diese Maßnahmen sind entscheidend um das gemeinsame Fischerei-Management mit den Pflichten und Rechten unter dem Aarhus-Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten in Einklang zu bringen.

Nachhaltiges Fischerei-Management ist unverzichtbar für einen gesunden Ozean. Es ist daher wichtig, dass die Verhandlungen und die Arbeit des Sonderausschusses Fischerei so transparent wie möglich sind. Dies stellt eine einmalige Gelegenheit für alle Parteien dar, ihren Nachhaltigkeits-Versprechen, zum Beispiel unter dem HKA und der 'Leader' Pledge for Nature', Taten folgen zu lassen.

Wir freuen uns auf Ihre Antwort zu diesem wichtigen Thema, und stehen gerne bei Rückfragen zur Verfügung, falls Sie unsere Empfehlungen genauer besprechen wollen.

Mit freundlichen Grüßen,



Olaf Bandt  
Bundesvorsitzender  
Bund für Umwelt und  
Naturschutz Deutschland e.V.



Prof. Dr. Hermann Ott  
Vorsitzender des Vorstands  
ClientEarth - Anwälte der Erde e.V.



Sascha Müller-Kraenner  
Bundesgeschäftsführer  
Deutsche Umwelthilfe e.V.